Nr. 166 XXVIII. Jahrgang — Sonntag, 4. Juli 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.20, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die Vertrauenskundgebung

Der Reichstag hat mit großer Mehrheit der Regierung sein Vertrauen ausgesprochen. Dafür haben auch die Sozialdemokraten gestimmt. Es ist nachträglich keine Abschwächung, wenn der „Vorwärts" versucht, die Haltung seiner Partei zu verteidigen. Er behauptet, die Kundgebung spreche kein Vertrauen aus, sie enthalte überdies keine Billigung der Regierungserklärung. Mit dieser Spitzfindigkeit ist nicht weit zu kommen. Die Regierung kann in Spa nur wirksam auftreten, wenn sie sich auf das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu stützen vermag, zumal diese Mehrheit auch die parlamentarische Vertretung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes ist. Es tut dem keinen Eintrag, daß die Deutschnationalen sich der Abstimmung enthielten, was in auffälligem Widerspruch zu ihrer Behauptung steht, daß in ihrem Lager das nationale Deutschtum versammelt sei. Gerade dann hätte diese Partei aus dem Gefühl nationaler Würde und nationalen Stolzes heraus wenigstens die Regierung tragen helfen müssen.

Offenbar bilden sich die Taktiker der Partei auf das Versagen bei dieser wichtigen Abstimmung noch etwas ein, denn die Berliner Organe der Rechtsparteien berichten in ihrer Besprechung der Reichstagssitzung vom 2. Juli nur über Ausführungen bei der Rede Helfferichs, der seiner ganzen Natur nach angriffslustig sprach und von den Unabhängigen niedergeschrien wurde. Das ist gewiß unerfreulich, soweit es sich um parlamentarische Sitten überhaupt handelt. Aber es ist doch nicht das Ereignis des Tages. Wenn Helfferich sich mit lächerlicher und übel angebrachter Wichtigtuerei in den Vordergrund drängt, so ist das seine Sache; allein in einer Zeit, in der sich sehr wahrscheinlich das Schicksal Deutschlands entscheidet, in Tagen und Stunden, da die Vertreter des Reiches auf dem Wege nach Spa sind, um mit dem Bewußtsein hoher Verantwortung für unsre Freiheit und Unabhängigkeit zu kämpfen, ist es mehr als kleinlich, daß sich die Deutschnationalen verärgert beiseite stellen.

Ihre Redner haben deutlich durchblicken lassen, daß sie die Zurücksetzung der Deutschnationalen bei der Regierungsbildung als Kränkung empfinden. Aber das Gefühl der Kränkung darf in Fragen nationaler Ehre und Würde nicht den Ausschlag geben. Es hätte von Größe gezeugt, wenn sich die Deutschnationalen trotzdem für die Regierung ausgesprochen hätten. Die Mehrheit konnte nicht groß genug sein, zumal in diesem Falle nicht. Wer in solchen Entscheidungen nicht das Vaterland über die Partei stellt, hat kein Recht mehr, andre Parteien und Politiker nationaler Unterlassungssünden zu zeihen.

Daß die Unabhängigen gegen die Regierung stimmen, daß sie sogar eine Mißtrauenskundgebung einbringen würden, war bekannt. Was die Partei infolgedessen dafür an die Stelle zu setzen hatte, wenn sie tatsächlich durch eine Mißtrauenskundgebung die Regierung stürzen könnte, das wissen die unabhängigen Konfusionäre selber nicht. Mit den Schlagworten Sozialisierung, Räteherrschaft und anderm läßt sich nicht regieren.

Von dieser üblen Erscheinung abgesehen, zeigt der Eingang der Verhandlungen über die Regierungserklärung ein erfreuliches Bild. Reichskanzler Fehrenbach verstand es, in seinem Schlußwort die großen Linien zu zeichnen, was innerpolitisch auszuscheiden, um nach außen hin desto wirkungsvoller auftreten zu können. Nun naht die Entscheidung, denn Spa bedeutet in einem ganz andern Sinne Schicksal und Entscheidung für Europa als Versailles. Es ist offenbar, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Versailler Vertrages unausführbar sind. Für diese Einsicht ist neuerdings auch die französische öffentliche Meinung zugänglich geworden. Unmittelbar vor Beginn der Verhandlungen in Spa spricht das der „Temps" aus, wenn auch nur in der bedingten Form, daß Deutschland Entgegenkommen gezeigt werden müsse. Das ist etwas, aber nicht genug. Es kommt auf den Grad des Entgegenkommens an, auf die Beurteilung und Wertung der Tatsachen, die von Deutschland in Noten und Denkschriften niedergelegt worden sind, die unsre Vertreter als Rüstzeug nach Spa mitnehmen. Es ist jetzt nicht an der Zeit, innerpolitische Streitigkeiten und Mißhelligkeiten auszutragen, denn Höheres steht auf dem Spiele, als Parteiprogramm und Parteigrundsätze. Alles das ist wandelbar und vergänglich, was ewig bleibt, ist nur das Recht des deutschen Volkes auf Leben und unsre große Hoffnung auf die Zukunft.

Dr. Wirth zum Steuerabzug

Im Steuerausschuß des Reichstages gab bei der Beratung der Anträge betr. den 10prozentigen Steuerabzug der Reichsfinanzminister Dr. Wirth eine Erklärung ab, in der er u. a. sagte, das Reichsfinanzministerium habe durch den Erlaß der bisherigen Bestimmungen lediglich die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes ausgeführt, die das Prinzip der Steuererhebung an der Quelle enthalten. Anderenfalls würde ein Steuerausfall eintreten, den das Reich einfach nicht tragen kann, und zweitens müßte jetzt und in Zukunft mit gefährlichen Steuerfahnenzügen gerechnet werden müssen. Wird jetzt der Steuerabzug nicht durchgeführt, so wird für die nächste Zukunft der Hauptleidtragende nicht das Reich, sondern die Länder und Gemeinden sein. Es ist dafür gesorgt, daß, wenn die endgültig zu zahlende Einkommensteuer geringer sein wird, eine sofortige Erstattung des zuviel erhobenen Betrages erfolgt. Die Zahl dieser Fälle wird aber, glaube ich, überschätzt. Der Minister schloß dann mit einem Appell an alle nationalen Persönlichkeiten, aufklärend und beruhigend zu wirken. Die Debatte wird morgen fortgesetzt. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Festhalten am Steuerabzug vom Lohn

B. Berlin, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die mehrheitssozialistische Fraktion des Reichstages hat sich über die Aufrechterhaltung des 10prozentigen Steuerabzuges ausgesprochen. Sie wird gegen den die Aufhebung des 10prozentigen Lohnabzuges fordernden Antrag im Plenum des Reichstages stimmen.

Gegen die hohen Lebensmittelpreise

B. Berlin, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht. Die Gewerkschaften haben der Regierung ihre neuen Forderungen unterbreitet, die den sofortigen Abbau der Lebensmittelpreise durch Zwangsmaßnahmen fordert und auf die tiefgehende Erregung der werktätigen Bevölkerung hinweist. Der Reichskanzler wird noch heute vor seiner Abreise nach Spa Vertreter der Gewerkschaften empfangen.

Fehrenbach Reichspräsidentschafts-Kandidat?

+ Karlsruhe, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Zur Frage der Reichspräsidentenwahl teilt das führende badische Zentrumsblatt, der „Badische Beobachter", mit, daß für den Fall der endgültigen Ablehnung Eberts in weiten politischen Kreisen einschließlich der Sozialdemokratie der Gedanke einer Aufstellung des jetzigen Reichskanzlers Fehrenbach als Kandidat für die Reichspräsidentschaft erörtert worden sei. Ob Fehrenbach freilich genehmigt wäre, dieses Amt anzunehmen, sei recht fraglich.

Wieder bayrische Enthüllungen

* München, 3. Juli. Von dem bayrischen Hauptmann a. D. Karl Mayr, Mitglied der Bayrischen Volkspartei, erhält die „München-Augsburger Abendzeitung" aufsehenerregende Mitteilungen über Verhandlungen Dr. Heims in San Remo und Rapallo mit Franzosen und Engländern. In einer Besprechung, die am 8. Mai in Regensburg stattfand, machte Dr. Heim gegenüber dem Leiter der fränkischen Bauernvereine Kommerzienrat Kahner sowie einigen Herren nähere Mitteilungen darüber. Die Ausführungen Heims wurden zu Protokoll genommen und durch die Unterschrift der betreffenden Herren bestätigt. In dem Protokoll heißt es über die von Dr. Heim verfolgte Politik u. a.: Mein Hauptziel, das ich besonders in San Remo verfolgt habe, ist das, Engländer und Franzosen gegenseitig auszuspielen, jedem dieser beiden Hauptfaktoren eine ihm angenehme Politik vorzuschützen, beide aber im Unklaren zu lassen über die eigentlichen Ziele. Ich habe in San Remo als meine Politik bezeichnen lassen und selbst bezeichnet, das Unglück für Deutschland war und ist die Vorherrschaft Preußens. Preußen muß somit ausgeschaltet werden. Mein Ziel ist ein Donaubund, dessen Kern und maßgebender Faktor Bayern ist. An Bayern werden sich anschließen Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Teile von Deutsch-Österreich, jedoch unter Ausschluß von Wien, das mit einer neutralen Zone ausgerüstet und ausgeschaltet werden soll. Baden und Württemberg werden als französische Vorprovinzen ganz unter Frankreichs Einfluß gestellt und bilden die Brücke von Frankreich zum Donaubund. Eine Hegemonie Frankreichs wird anerkannt."

Von San Remo begab sich Dr. Heim nach Zürich und hatte dort Besprechungen mit Engländern. Die diesen entwickelten Pläne sind: Deutschland muß im Interesse von Europa konsolidiert werden. Der starke Einfluß Preußens muß gebrochen und ausgeschaltet werden. Der Norden Deutschlands ist der bolschewistischen Gefahr rettungslos verfallen, nur Süddeutschland kann sich halten. Aus einer bevorstehenden Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus muß sich eine vorübergehende Loslösung Süddeutschlands vom Reiche ergeben. In der anschließenden Neugestaltung wird der Gedanke eines großen Bayerns als führende Macht in Deutschland verfolgt. An Großbayern schließen sich an Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Deutsch-Österreich ohne Wien. Ueber Deutsch-Österreich wird enge Verbindung mit Ungarn und damit weiterhin Verbindung mit dem Balkan und Rußland und dann mit Asien hergestellt. Auf diese Weise kann der Einfluß auf dem Balkan, den Frankreich sich jetzt schon auf wirtschaftlichem Gebiet sichern will, zurückgedämmt werden. Diese ganze Entwicklung könnte nur in engsten Anschluß an England betrieben werden.

(Wir geben diese Meldung mit größtem Vorbehalt wieder, glauben sie aber unsern Lesern nicht vorenthalten zu sollen, da sich daran voraussichtlich eine größere Debatte knüpfen wird. D. Red.)

Unsre Vertreter in Spa

Das Wolff-Bureau meldet: An der Konferenz in Spa werden, wie nunmehr feststeht, von deutscher Seite folgende Persönlichkeiten teilnehmen: Der Reichskanzler Fehrenbach mit Staatssekretär Albert, der Reichsminister des Auswärtigen Simons, der Reichsfinanzminister Wirth, der Reichswirtschaftsminister Scholz, der Reichsernährungsminister Hermes, der Leiter des Wiederaufbauministeriums Staatssekretär Müller, ferner vom Auswärtigen Amt Ministerialdirektor Simson, die Geheimräte v. Keller und Löhnysen, Legationsrat Fuehr von der Pressestelle, vom Reichsfinanzministerium Staatssekretär Schröder und Ministerialrat Beusch, von der Kriegslastenkommission Staatssekretär Bergmann, von den wirtschaftlichen Ressorts die Geheimräte De Suire, Merz, Ruppel, Staatsrat von Meinel und Geheimrat Hellinger, vom Reichswehrministerium die Majore Michelis, v. Böttticher und Vogt. Es werden weiter eine Reihe von fährenden Sachverständigen auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Finanzen nachreisen, falls es der Gang der Verhandlungen erforderlich machen sollte.

Die Vorbereitungen

Mindestanträge Frankreichs

* Genf, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet: Millerand wird in Brüssel den Alliierten die Mindestanträge Frankreichs für die Spaer Konferenz vorlegen. Millerand wird um die Zustimmung der Alliierten hierfür bitten. Havas meldet weiter: Die Beratungen in Spa/Eupen bei gutem Willen der Deutschen in zwei bis fünf Tagen abgeschlossen sein. — Das „Journal" meldet: Millerand sprach am Sonntag in Reims und sagte, er fahre nach Spa mit dem festen Willen, Frankreichs wirtschaftliche Zukunft für die nächsten 100 Jahre zu sichern. Das zerstörte Reich werde in drei Jahren aufgebaut sein, Frankreich werde aber noch nicht in 50 Jahren die Spuren des frevelhaften Angriffskrieges verwunden haben.

*

Die Alliierten unter sich

FTA. Paris, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus dem reichen Stoff, den die Pariser Abendpresse zusammenträgt über die Konferenzen in Brüssel und Spa darf man schließen, daß eine große Unsicherheit über das herrscht, was die Finanzsachverständigen bis jetzt fertig brachten. Der „Intransigeant" sagt, und die „Information" bestätigt dies, daß man zu keinem Ergebnis gelangt sei. Der „Temps" dagegen sagt, man habe sich geeinigt. Der italienische Delegierte im Wiedergutmachungsausschuß erklärt, man habe über ganz andre Fragen verhandelt, nämlich über die Frage der Abschätzung der Kriegsschäden, die jedes Land ersetzt haben will.

Bei den Verhandlungen, die gestern vormittags um 11 Uhr im Palaste der Akademie unter dem Vorsitz des belgischen Ministerpräsidenten begonnen haben, hat man sich anscheinend mit den sogenannten Verfehlungen Deutschlands gegen den Friedensvertrag beschäftigt. Es soll eine Liste der nicht ausgeführten militärischen Klauseln verlesen worden sein und ein Vertreter des Wiedergutmachungsausschusses einen Bericht erstattet haben über die Rückstände in der Kohlenlieferung. Sowohl die militärische Kommission als auch der Wiedergutmachungsausschuß sollen den Auftrag erhalten haben, eine Denkschrift auszuarbeiten, die den deutschen Bevollmächtigten in Spa überreicht werden soll.

Wegen der Indiskretionen, die bei den letzten Verhandlungen in Boulogne und Hythe vorgekommen sind, ist nach einer Privatmeldung des „Temps" aus Brüssel das Gebäude, in dem die Sitzungen in Brüssel tagen, vollkommen abgesperrt worden. Die Journalisten dürfen nicht einmal den auf die äußeren Boulevards stoßenden großen Garten des Akademiepalastes betreten.

*

Ein Zwischenfall

× Brüssel, 2. Juli. (Havas-Reuter.) Ueber die Frage des Anteiles Belgiens an der Entschädigung hat heute ein Zwischenfall die Arbeit der Konferenz verzögert, der durch das Auftreten der italienischen Regierung hervorgerufen worden ist, die verlangt hat, daß Belgien zugunsten Italiens auf einen Teil der Entschädigungsanteiles verzichtet. Der belgische Ministerpräsident hatte in dieser Angelegenheit lange Unterredungen mit Lloyd George und Millerand. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, stellte es sich als unmöglich heraus, die Konferenz in der verabredeten Weise wieder zusammenzuberufen. Der belgische Ministerpräsident Delacroix wird über die Angelegenheit mit dem König eine Besprechung haben.

Im Laufe der Besprechungen zwischen den Ministerpräsidenten am Nachmittag sagte Graf Sforza, er habe nicht den Wunsch, Schwierigkeiten unter den Alliierten zu schaffen, müsse indessen erklären, daß Italien seine Ansprüche nicht unter einem bestimmten Prozentsatz herabmindern könnte. Die Vertreter Belgiens waren angesichts der drohenden Möglichkeit, daß der für Belgien in Aussicht genommene Anteil herabgesetzt werde, lebhaft erregt. Bis zum Abend konnte kein Beschluß herbeigeführt werden. Morgen werden die Führer der Delegationen in einer neuen privaten Sitzung eine Annäherung zu erreichen suchen.

*

Die Meldung von einem „Zwischenfall" wurde von Havas-Reuter verbreitet. Diese beiden Agenturen melden aber auch, sie seien von italienischer Seite ermächtigt, in der bestimmtesten Weise zu erklären, daß die Nachricht über einen italienisch-belgischen Zwischenfall auf der Konferenz vollkommen falsch sei. Die italienische Delegation habe niemals etwas unternommen, was selbst in indirekter Weise als gegen die Interessen Belgiens gerichtet angesehen werden könnte. — Daraus kann nun gefolgert werden, daß tatsächlich nicht alles stimmt.

*

Die Rückkehr aus Spa

B. Berlin, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Rückkehr der deutschen Delegation ist für Sonnabend den 10. Juli vorgesehen. Unmittelbar nach der Rückkehr des Kanzlers wird der Ausschuß für Auswärtiges zusammentreten, in dem der Kanzler über die Ergebnisse in Spa sprechen wird.

Krassins Heimreise

Kopenhagen, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie schon berichtet, sollte der russische Sowjet-Unterhändler Krassin auf einem englischen Kriegsschiff die Rückreise bis Kopenhagen antreten, um dann mit neuen Vorschlägen wieder nach London zurückzukehren. Wie wir hierzu noch erfahren, hat Krassin auf einem Torpedoboot die englischen Gewässer verlassen und die Fahrt nach Kopenhagen angetreten. In seiner Begleitung befindet sich ein Vertreter des englischen Handelsministeriums. — Wie „Daily News" melden, wird Krassin nach der Konferenz von Spa aus Moskau nach London Bericht geben. Um den Abbruch der Verhandlungen handelt es sich also nicht.

Deutscher Reichstag

6. Sitzung. Freitag den 2. Juli 1920, 1 Uhr

Zunächst gelangen Anfragen zur Verlesung.

Abg. Warnuth (Deutschnat.) fragt nach der Auftragserteilung zur Lieferung von 700 000 Meter Militärstoff für die Sicherheitspolizei an eine englische Firma im Werte von etwa 150 Millionen Mark. Die deutsche Tuchindustrie habe sofort verwendbaren Stoff zu 170 Mark den Meter offeriert, die englische Firma erhalte 105 M. mehr zugebilligt, der englische Stoff müsse überdies unter weiteren Unkosten von 18 M. für den Meter gefärbt werden. Insgesamt bedeute dies einen Unterschied von 186 Millionen. Diese Maßnahme erscheine um so befremdlicher, als die deutsche Tuchfabrikation schwer unter der Arbeitslosigkeit leide.

Ministerialdirektor Dr. Reichardt: Der Auftrag ist von der zuständigen Stelle auf Befürwortung der Selbstverwaltungsstellen der Außenhandelsstelle als dringlich bezeichnet worden. Es handelte sich darum, den dringenden Bedarf sicherzustellen, da sonst die Dienstfähigkeit der Sicherheitspolizei auf das schlimmste gefährdet worden wäre. Nachdem das Reichsministerium des Innern sein Einverständnis erklärt und die Reichswirtschaftsstelle für Wolle ihr Gutachten dahin abgegeben hatte, daß eine sofortige Beschaffung der benötigten Stoffe im Inlande auf Schwierigkeiten stoßen würde, hat die Außenhandelsstelle die Einfuhrbewilligung erteilt. Das Reichswirtschaftsministerium hat nach Bekanntwerden der Sache die Einfuhrbewilligung zunächst gesperrt und sie erst dann wieder freigegeben, als nachgewiesen war, daß die Stoffe bereits restlos bezahlt, bereits im Anrollen seien und tatsächlich ganz dringlich benötigt würden. Im Hinblick darauf aber, daß bei rechtzeitiger und zweckentsprechender Auftragserteilung die Bedürfnisse der Sicherheitspolizei im Inlande befriedigt werden können, ist Vorsorge getroffen worden, daß derartige Auslandsgeschäfte künftig nicht ohne vorherige Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums angebahnt und durchgeführt werden.

Abg. Warnuth (Deutschnat.) beschwert sich über schikanöse Erschwerung, so

Behinderung der Abstimmungsberechtigten

bei der Fahrt nach Ostpreußen durch die polnische Eisenbahndirektion.

Regierungsrat Dr. Sommer: Verhandlungen mit Polen über den Durchgangsverkehr durch den Korridor mußten als aussichtslos abgebrochen werden. Die deutsche Regierung hat sich an den Obersten Rat in Paris beschwerdeführend gewendet. Inzwischen haben die Polen durch eine einseitige Verordnung vom 1. April 1920 den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen auf eine einzige Eisenbahnlinie beschränkt, und zwar auf die völlig unzureichende, teilweise eingleisige Nebenbahnlinie Konitz—Schwentau—Marienwerder. Polen glaubt damit den Bedingungen des Friedensvertrages entsprochen zu haben. Die Benutzung andrer Linien bringt die größten Unannehmlichkeiten mit sich, alle Reisenden mit direkten Fahrkarten nach Ostpreußen werden wie Reisende ohne Fahrkarte behandelt, haben große Zoll- und Paßschwierigkeiten. Das gesamte Verhalten Polens ist eine offensichtliche Verletzung der durch den Friedensvertrag Polen auferlegten Verpflichtungen. Dies wird Gegenstand der Verhandlungen in Paris sein. Wegen etwaiger Repressalien nehme ich Bezug auf die von dem Minister des Aeußern persönlich beabsichtigte Beantwortung der letzten Anfrage.

Hierauf wird die Besprechung der Erklärung des Reichskanzlers fortgesetzt.

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Hermes:

Die Ernährungsfrage ist in den letzten Monaten in ein kritisches Stadium getreten. Deshalb hat die Regierung auch schon Aenderungen in der Lebensmittelbewirtschaftung eingeführt, die eine Besserung erwarten lassen. Die Schwierigkeiten können aber nur allmählich überwunden werden und nur unter verständnisvoller Mitwirkung des ganzen Volkes. Gewiß muß die Preispolitik auf eine Vermehrung und Verbilligung der Lebensmittel abzielen; gleichwohl muß sie dem Landwirt so auskömmliche Preise gewähren, daß die Erzeugungskosten gedeckt werden. Geschieht das nicht, so ist schließlich der Zusammenbruch unsrer öffentlichen Bewirtschaftung zu befürchten. Ein Festhalten an dem Irrtum, durch Zwangsmaßnahmen auf den Landwirt einzuwirken, wäre wirtschaftliche Selbstmordpolitik. Man kann nicht von Millionen Landwirten Verkäufe unter den Selbstkosten verlangen; das wäre eine unbillige Zumutung. Der Krieg mit seinen Folgeerscheinungen hat die Erzeugungskosten wesentlich gesteigert, namentlich die Düngemittelpreise sind in die Höhe gegangen. Die Landwirte halten infolgedessen mit dem Verbrauch künstlicher Düngemittel zurück, obschon die Aecker nach Dünger schreien. Die Preissteigerung ist zum großen Teil auch auf die hohen Preise der ausländischen Lebensmittel zurückzuführen. 10 Milliarden Mark hat das Reich zur Verbilligung der Nahrungsmittel für das Volk beigesteuert. Auch im kommenden Jahre werden wir die Zufuhr aus dem Auslande nicht gefährden können, denn wir müssen nicht nur die jetzige Mindesternährung beibehalten, sondern eine wesentlich bessere Ernährung herbeizuführen suchen, sonst bricht unser Volk zusammen. Die von uns eingeführten Kartoffelmindestpreise haben ihren Zweck voll erfüllt. Es hat eine wesentliche Vergrößerung der Kartoffelanbaufläche stattgefunden, so daß wir im nächsten Jahre bei einer günstigen Ernte mit einer guten Kartoffelversorgung rechnen können.

Die Preise für die kommende Ernte

werden im Wege der Ermittlung durch eine Sachverständigenkommission festgesetzt. Die Preissteigerung wird sich auf etwa 55 Proz. belaufen. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Die Tonne Gerste und Hafer wird 1500 M. kosten, die Tonne Roggen 1550 M., Weizen 1750 Mark und Kartoffeln 500 M. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Das Ministerium meint, daß diese Preise für das ganze Wirtschaftsjahr gelten müssen, daß Zuschläge während des Wirtschaftsjahres unter allen Umständen zu vermeiden sind. Die endgültige Preisfestsetzung liegt bei den gesetzlichen Körperschaften. Unsre Frühdruschprämie hat sich für die Steigerung der Ablieferung bewährt. Das beweist die Statistik. In der Hauptsache ist die geringe Erfassung in diesem Wirtschaftsjahr trotz der zweifellos besseren Ernte dadurch

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200704/1